

UMWELTERKLÄRUNG

Bundespolizeidirektion
Bad Bramstedt



BUNDESPOLIZEI



Bildnachweis Illustrationen: S. 2, 14, 22, 23, 32
freepik.com

INHALT

1 Vorwort	6
2 Abkürzungsverzeichnis	7
3 Die Bundespolizei	8
3.1 Einordnung der Bundespolizei in die Struktur der Bundesverwaltung	8
3.2 Struktur und Aufgaben der Bundespolizei	8
3.3 Struktur und Aufgaben der Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt	10
3.4 EMAS-Standort	11
4 Umweltpolitik	12
4.1 Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt	13
5 Umweltmanagementsystem	13
6 Umweltaspekte	14
6.1 Bestimmung der Umweltaspekte	15
6.2 Bewertungsmethode der Umweltaspekte	16
6.3 Bewertung der Umweltaspekte	18
6.4 Potenzielle Umweltaspekte	19
7 Umweltkennzahlen	20
7.1 Energieverbrauch	21
7.2 Wasserverbrauch	24
7.3 Abfall	25
7.4 Materialeinsatz	26
7.5 Emissionen	27
7.6 Biodiversität	30
7.7 Kernindikatoren	31
8 Einhaltung von Rechtsvorschriften	32
9 Umweltziele	35
9.1 Umweltziele und Maßnahmen der Bundespolizeiinspektion Stralsund	36
10 Erklärung des Umweltgutachters	38



1 VORWORT

Im Bereich des Klimaschutzes liegen große gesamtgesellschaftliche Herausforderungen vor uns. Mit dem durch die Bundesregierung im Rahmen des Klimaschutzgesetzes gesteckten Ziel, die Bundesverwaltung bis 2030 klimaneutral auszurichten, ist auch die Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt in der Verantwortung, ihr eigenes Handeln daran auszurichten.

Die Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt ist sich in ihrer Funktion als mittlere Bundesbehörde der eigenen Vorbildfunktion bewusst und geht mit gutem Beispiel voran. Gemeinsam mit anderen Pilotbehörden im Geschäftsbereich der Bundespolizei ist sie Vorreiter und führt ein umfassendes Umweltmanagement ein. Durch Energiesparen, klimafreundliche Dienstreisen sowie eine möglichst ökologische und klimafreundliche Beschaffung und Entsorgung werden wir unser Handeln an den Grundsätzen der Nachhaltigkeit ausrichten.

Das einzuführende Umweltmanagementsystem EMAS („Eco Management and Audit Scheme“) eröffnet die Möglichkeit, Umweltaspekte systematisch zu erfassen und zu bewerten, daraus Ziele und Maßnahmen zu entwickeln und sich im Anschluss daran auch nachhaltig zu verbessern. Die Bemühungen, insbesondere aber auch die Ergebnisse werden regelmäßig – mindestens durch interne Auditoren – begutachtet. Die hierbei gewonnenen Erkenntnisse werden direkt auf Leitungsebene in die gesamte Bundespolizei transportiert, zielführende Maßnahmen regelmäßig kommuniziert und Veränderungen dokumentiert.

Auf diese Weise soll die Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt dem generellen Ziel einer bilanzierten Klimaneutralität schnellstmöglich und effizient näherkommen und es 2030 erreicht haben.

Frank Goerke
Umweltmanagementbeauftragter
der Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt)

Bad Bramstedt, 31. Januar 2025

2 ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

BlmA	Bundesanstalt für Immobilienaufgaben
BMI	Bundesministerium des Inneren und für Heimat
BPOL	Bundespolizei
BPOLD BBS	Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt
BPOLI HST	Bundespolizeiinspektion Stralsund
BPOLP	Bundespolizeipräsidium
BPOLR	Bundespolizeirevier
CO2	Kohlendioxid
EMAS	Eco-Management and Audit Scheme
EU	Europäische Union
GefStoffB	Gefahrstoffbeauftragte/r
kWh	Kilowattstunde
MKÜ	Mobile Kontroll- und Überwachungseinheit
MU	Mitgeltende Unterlagen
ÖUSB	Örtlicher Umweltschutzbeauftragter
PV	Photovoltaik
SB	Sachbereich
SichhB	Sicherheitsbeauftragte/r
UBA	Umweltbundesamt
UMB	Umweltmanagementbeauftragte/r
UMH	Umweltmanagementhandbuch
UMS	Umweltmanagementsystem
UMT	Umweltmanagementteam
UMV	Umweltmanagementverantwortliche/r
UN	Vereinte Nationen
USB	Umweltschutzbeauftragte/r
VZÄ	Vollzeitäquivalent
ZVA	Zentrale Versorgungsanlage

3 DIE BUNDESPOLIZEI

3.1 Einordnung der Bundespolizei in die Struktur der Bundesverwaltung

Die Bundespolizei ist in Deutschland eine Polizei des Bundes (neben dem Bundeskriminalamt und der Polizei beim Deutschen Bundestag) im Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern und für Heimat (BMI), die in bundeseigener Verwaltung geführt wird.

Im System der inneren Sicherheit nimmt die Bundespolizei umfangreiche und vielfältige polizeiliche Aufgaben wahr, insbesondere in den Bereichen Grenzschutz, Bahnpolizei und Luftsicherheit. Im Rahmen dieser Aufgaben ist die sie auch in der Kriminalitätsbekämpfung tätig.

3.2 Struktur und Aufgaben der Bundespolizei

Mit etwa 54 000 Beschäftigten, von denen knapp 85 % Polizeivollzugsbeamte sind, ist die Bundespolizei eine bundesweit verfügbare Polizei von hohem Einsatzwert. Sie ist an mehr als einhundert Standorten vertreten und an allen wichtigen Verkehrsinfrastrukturpunkten in Deutschland präsent. Sie kann flexibel auf Großlagen reagieren und ihre polizeilichen Aufgaben erfüllen. Sie leistet somit einen wichtigen Beitrag für den Erhalt der inneren Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland.

Innerhalb des bestehenden Sicherheitsverbundes arbeitet die Bundespolizei auf der Grundlage von Sicherheitskooperationen eng mit den Polizei-

en und anderen Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern zusammen und darüber hinaus mit vielen ausländischen Grenzbehörden.

Weltweit nimmt die Bundespolizei polizeiliche Aufgaben im Auftrag der Vereinten Nationen (UN), der Europäischen Union (EU) und anderer internationaler Organisationen wahr. Sie unterstützt zudem das Auswärtige Amt beim Schutz deutscher diplomatischer und konsularischer Vertretungen. Mehr als 2 200 Beamte sind in Osteuropa, dem Nahen Osten, in Afrika und in weltweiten Krisengebieten als Berater und Experten im Einsatz.



3.3 Struktur und Aufgaben der Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt

Die Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt erfüllt mit ihren rund 2 570 Mitarbeitenden in Vollzug und Verwaltung (davon 2 230 Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte) ihre gesetzlich zugewiesenen Aufgaben in Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und auf der Nord- und Ostsee innerhalb und außerhalb des Küstenmeeres.

Der Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt sind insgesamt neun Bundespolizeiinspektionen nachgeordnet:

- Bundespolizeiinspektion Flensburg
- Bundespolizeiinspektion Kiel
- Bundespolizeiinspektion Rostock
- Bundespolizeiinspektion Stralsund
- Bundespolizeiinspektion Pasewalk mit Gemeinsamer deutsch-polnischer Dienststelle Pomellen
- Bundespolizeiinspektion Kriminalitätsbekämpfung/Rostock
- Bundespolizeiinspektion See Neustadt in Holstein
- Bundespolizeiinspektion See Warnemünde
- Bundespolizeiinspektion See Cuxhaven

Die Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt verfügt über eine aus vier Einsatzzügen bestehende Mobile Kontroll- und Überwachungseinheit (MKÜ) in den Dienstorten Rostock, Stralsund und mit zwei Zügen in Bad Bramstedt.

Mit der Bundespolizei See, bestehend aus dem Direktionsbereich See und den drei Bundespolizeiinspektionen See, verfügt die Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt – bundesweit einzigartig – über eine maritime Einsatzkomponente.

Ihr stehen zur Aufgabenerfüllung sechs Einsatzschiffe mit ständiger Präsenz auf See und fünf Kontroll- und Streifenboote für den küstennahen Bereich zur Verfügung, wovon zwei seit März 2016 im Rahmen eines Frontex-Einsatzes an der griechisch-türkischen Grenze eingesetzt sind. Zusätzlich kommen zur Überwachung der Seegebiete in Nord- und Ostsee seeflugtaugliche Hubschrauber der Bundespolizeidirektion 11 zum Einsatz.

Als Behörde mit einem zur EMAS-Einführung ausgewählten Standort wird die Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt daher die in dieser Umwelterklärung näher beschriebenen Maßnahmen – vor allem in den Bereichen Liegenschaft und Mobilität – treffen, um den CO₂-Ausstoß zu vermeiden, zu reduzieren oder auch zu kompensieren und so einen aktiven Beitrag zum erklärten Ziel der bilanziert klimaneutralen Bundesverwaltung bis zum Jahr 2030 leisten.

3.4 EMAS-Standort

Bundespolizeiinspektion Stralsund
Die Bundespolizeiinspektion Stralsund hat ihren Standort in der Liegenschaft auf dem Dänholm in Stralsund. Sie ist der Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt unmittelbar nachgeordnet.

Die Bundespolizeiinspektion Stralsund ist mit drei Standorten in den Landkreisen Vorpommern Rügen und Mecklenburgische Seenplatte sowie in den Ämtern Peenetal-Loitz und Jarmen-Tutow des Landkreises Vorpommern-Greifswald vertreten. Neben dem Sitz der Inspektion auf der Insel Dänholm befinden sich die zwei Bundespolizeireviere Mukran im Fährhafen Sassnitz und Neubrandenburg am Bahnhof Neubrandenburg.

Das Umweltmanagementsystem (UMS) der Inspektion erstreckt sich nur auf den Standort in Stralsund und schließt die beiden Bundespolizeireviere zunächst nicht mit ein.

Die Aufgabenwahrnehmung erfolgt integrativ mit den Schwerpunkten der

grenz- und bahnpolizeilichen Aufgabenwahrnehmung, der polizeilichen Kontrolle und der Kriminalprävention. Ziele sind die Verhinderung und Unterbindung der unerlaubten Einreise, die Gefahrenabwehr und Strafverfolgung auf dem Gebiet der Bahnanlagen und die Verhinderung und Unterbindung der Eigentumskriminalität im grenzüberschreitenden Verkehr.

Bei der Bundespolizeiinspektion Stralsund sind knapp 200 Mitarbeitende beschäftigt. Das Einsatzgebiet umfasst eine Gesamtfläche von ca. 9 019 km² mit einer Bevölkerungszahl von mehr als 500 000 Einwohnern. Die Nord-Süd-Ausdehnung vom Kap Arkona bis zur Landesgrenze Brandenburg beträgt 220 km, die Ost-West-Ausdehnung etwa 110 km. Hinzu kommt eine zu überwachenden Seegrenze von 210 km. Außerdem werden 790 km Küstenlinie mit 44 Häfen und Marinas sowie sieben Seebrücken überwacht.

4 UMWELTPOLITIK

Die Bundespolizei gewährleistet die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger sowie der Gäste unseres Landes in ihrem Aufgabenbereich. Dieser gesetzliche Auftrag ist unsere Verpflichtung und bedingt gleichzeitig die ständige Einsatzbereitschaft.

Wo immer es möglich ist, wird die Bundespolizei dabei natürliche Ressourcen schützen und ihre Emissionen verringern. Dies sind wir unseren Bürgerinnen und Bürgern, unseren Mitarbeitenden und den nachfolgenden Generationen schuldig.

Gewährleistung der größtmöglichen Sicherheit bei stetiger Berücksichtigung der Auswirkungen unseres Handelns auf die Umwelt und der Gestaltung nachhaltiger Behördenpolitik – dafür steht die Bundespolizei.

Auf dem Weg zur Klimaneutralität verfolgt die Bundespolizei unter anderem folgende konkreten Ziele:

- Wir führen in unseren Dienststellen sukzessive ein Umweltmanagementsystem ein und validieren dieses, um Nachhaltigkeit zu erzielen. Dabei steht nicht die Verwaltung der Umweltmaßnahmen im Vordergrund, sondern die damit erzielten Erfolge auf dem Weg zur Klimaneutralität.

- Wir erfassen und analysieren unsere Umweltdaten, um Verbesserungspotenzial zu erkennen und auszuschöpfen.
- Wir wirken als Bedarfsträger an der verbesserten Energieeffizienz der von uns genutzten Liegenschaften mit und schöpfen unseren Gestaltungsspielraum aus.
- Unsere Fahrzeugflotte richten wir nicht nur an Einsatzerfordernissen aus, sondern beachten auch deren Emissionen und Ressourcenverbrauch, um diese zu reduzieren.
- Kreative Ideen im Zusammenhang mit der Klimaschutz werden, wo immer möglich, gefördert und umgesetzt. Wir setzen auf das Potential unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und deren Umweltbewusstsein.

So können auch kleine Maßnahmen große Wirkung entfalten.

4.1 Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt

Die Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt bekennt sich zur Umweltpolitik der Bundespolizei und orientiert sich an deren Grundsätzen. Durch Maßnahmen wie Energieeinsparung, Abfallvermeidung und Emissionsre-

duktion trägt sie zur Schonung von Ressourcen bei. Zudem begleitet sie ihre Dienststellen bei der Umsetzung umweltfreundlicher Maßnahmen.

5 UMWELTMANAGEMENTSYSTEM

Die Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt hat das Umweltmanagementsystem E-MAS am Standort der Bundespolizeiinspektion Stralsund eingeführt.

Die Zuständigkeiten sind eng mit der Organisationsstruktur und den darin festgelegten Funktionen der Mitarbeitenden verbunden. Für das Umweltmanagementsystem wurden durch den Präsidenten der Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt Mitarbeitende auf Direktions- und Inspektionsebene benannt.

Die auf Ebene der Bundespolizeiinspektion Stralsund benannten Mitarbeitenden sind primär für die Erfüllung

der mit EMAS verbundenen formalen Aufgaben vor Ort zuständig.

Im Rahmen der Erneuerung der EMAS-Verordnung wurden branchenspezifische Referenzdokumente veröffentlicht, die bewährte Umweltmanagementpraktiken der betreffenden Bereiche abbilden und teilweise konkrete Maßnahmen und Zielwerte ausgeben.

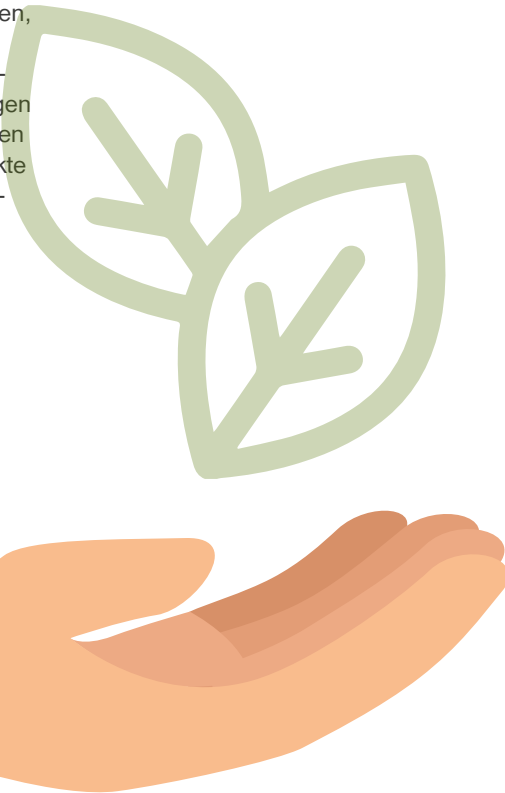
Im Falle der Bundespolizei wird das Referenzdokument für öffentliche Verwaltungen (Beschluss (EU) 2019/16) herangezogen.

6 UMWELTASPEKTE

Unter Umweltaspekten versteht man Aspekte der „Tätigkeiten, Produkte oder Dienstleistungen einer Organisation“, die Auswirkungen auf die Umwelt haben können.

Die Bundespolizeiinspektion Stralsund verfolgt mit ihrem Umweltmanagementsystem (UMS) das Ziel, die Umweltauswirkungen ihrer Aufgabenwahrnehmung systematisch zu analysieren, zu bewerten und kontinuierlich zu verbessern. Da nahezu alle bundespolizeilichen Tätigkeiten Auswirkungen auf die Umwelt haben können werden dazu sowohl direkte als auch indirekte Umweltaspekte identifiziert und bewertet.

Die Analyse und Bewertung erfolgen unter Berücksichtigung von Kriterien wie Umweltrelevanz, Steuerungspotenzial und der Verfügbarkeit von Daten.



6.1 Bestimmung der Umweltaspekte

Direkte Umweltaspekte

Diese sind von der Bundespolizeiinspektion Stralsund unmittelbar beeinflussbar und betreffen direkte Tätigkeiten und Prozesse durch die Aufgabenwahrnehmung.

Hierzu gehören:

- Verbräuche (Strom, Wärmeenergie, Kraftstoff, Wasser, Ressourcen),
- Flächenverbrauch, Einschränkung der Biodiversität,
- Emissionen (Treibhausgase, Luftschadstoffe), Abwasser,
- gefährliche und nicht gefährliche Abfälle,
- Risiko von Umweltunfällen.

Indirekte Umweltaspekte

Indirekte Umweltaspekte entstehen aus vor- und nachgelagerten Prozessen, die die Bundespolizeiinspektion Stralsund nicht vollständig kontrollieren kann. Sie umfassen z. B.:

- Umweltleistung von Auftragnehmern, Kraftstoffverbrauch durch Mitarbeitende und Besucher, Emissionen durch Postversand,
- Verwaltungsentscheidungen anderer Behörden/Gesetzgeber,
- Realisierung von Energiegewinnungspotenzialen.

Umweltaspekte werden regelmäßig hinsichtlich ihrer Auswirkungen bewertet, insbesondere, ob sie zu erheblichen Umweltauswirkungen führen. Die Bewertung erfolgt jährlich, wobei auch Risiken, potenzielle Notfallsituationen und organisatorische Änderungen berücksichtigt werden. Für besonders relevante Umweltaspekte werden konkrete Ziele definiert und Maßnahmen zur Vermeidung oder Reduktion von Umweltauswirkungen erarbeitet.

Die Bundespolizeiinspektion Stralsund erhebt relevante Daten, um die Entwicklung der Umweltleistung zu steuern. Diese Daten fließen in die Bildung von Kernindikatoren ein:

- Energie, Material, Wasser, Abfall, Emissionen und biologische Vielfalt.

Durch regelmäßige Prüfungen und Anpassungen des Umweltmanagementsystems gewährleistet die Bundespolizeiinspektion Stralsund eine nachhaltige und umweltbewusste Gestaltung ihrer Aufgabenwahrnehmung.

6.2 Bewertungsmethode der Umweltaspekte

Die Umweltaspekte der Bundespolizeiinspektion Stralsund werden mit Hilfe einer dreidimensionalen Skala nach

einem Verfahren des Umweltbundesamtes (UBA) bewertet.

Relative quantitative Bedeutung	Prognostizierte zukünftige Entwicklung	Relatives Gefährdungspotential		
		hoch	durchschnittlich	gering
hoch	zunehmend	A	A	B
	stagnierend	A	B	B
	abnehmend	B	B	B
durchschnittlich	zunehmend	A	B	B
	stagnierend	B	C	C
	abnehmend	B	C	C
gering	zunehmend	B	B	B
	stagnierend	B	C	C
	abnehmend	B	C	C

Die **Bewertung der Umweltaspekte** erfolgt anhand der folgenden drei Kriterien:

- „**Relative quantitative Bedeutung**“ (hoch, durchschnittlich, gering)
- „**Prognostizierte zukünftige Entwicklung**“ (zunehmend, stagnierend, abnehmend)
- „**Relatives Gefährdungspotenzial**“ (hoch, durchschnittlich, gering)

Jeder Umweltaspekt wird nach diesen drei Kriterien einer (der in Klammern stehenden) Einstufung zugeteilt. Anschließend wird er einer der folgenden drei Gruppen zugeordnet:

- A = Umweltaspekt von relativ besonderer hoher Bedeutung**
- B = Umweltaspekt mit relativ durchschnittlicher Bedeutung**
- C = Umweltaspekt von relativ geringer Bedeutung**

Die Zuordnung zu den Gruppen erfolgt nach dem folgenden **Schlüssel**:

A = Umweltaspekte, die bei mindestens zwei Kriterien in die höchste Kategorie und bei keinem Kriterium in die niedrigste Kategorie einzuordnen sind.

B = Umweltaspekte, die bei einem Kriterium in die höchste Kategorie oder bei zwei Kriterien in die höchste Kategorie und bei dem dritten Kriterium in die niedrigste Kategorie einzuordnen sind.

C = Umweltaspekte, die bei keinem Kriterium in die höchste Kategorie einzuordnen sind.

Zusätzlich werden die erkannten Umweltaspekte in **Unterkategorien** eingeteilt. Dabei gelten folgende Kriterien:

I (hoch) kann durch die Bundespolizei direkt beeinflusst werden

II (mittel) kann durch Bundespolizei nur gering oder in Abhängigkeit von Dritten beeinflusst werden

III (gering) kann durch die Bundespolizei nicht oder nur sehr langfristig beeinflusst werden

6.3 Bewertung der Umweltaspekte

Die individuellen Ergebnisse stellen sich für die Umweltaspekte wie folgt dar:

Umweltaspekte		Bewertung der Umweltaspekte	
		HST	
direkt	Stromverbrauch	A II	
	Wärmeenergieverbrauch	C II	
	Kraftstoffverbrauch	A II	
	Wasserverbrauch	C II	
	Ressourcenverbrauch	C II	
	Flächenverbrauch	C II	
	Einschränkung der Biodiversität	C II	
	Emissionen an Treibhausgasen/Luftschadstoffen	B II	
	Einleitung von Abwasser	C III	
	Entstehung von nicht gefährlichen Abfällen	C II	
	Entstehung von gefährlichen Abfällen	B II	
	Risiko von Umweltunfällen	C I	
indirekt	Umweltleistung potenzieller Auftragnehmer	C III	
	Emissionen an Treibhausgasen/Luftschadstoffen (Postversand)	C II	
	Kraftstoffverbrauch (Mitarbeitende und Besucher)	B III	
	Verwaltungsentscheidungen	B III	
	Realisierung eigener Energiegewinnungspotentiale	B III	

6.4 Potenzielle Umweltaspekte

Neben den regelmäßigen Umweltaspekten betrachtet die Bundespolizeiinspektion Stralsund auch potenzielle Umweltauswirkungen, die im Falle von **Notsituationen oder außergewöhnlichen Ereignissen** auftreten können. Dazu zählen insbesondere:

- Unfälle mit Fahrzeugen (ggf. auch Wasserfahrzeugen), die zu einer Freisetzung von Betriebsstoffen (z. B. Kraftstoffe, Öle) führen können.
- Brände und technische Defekte, die die Freisetzung von Schadstoffen oder eine erhöhte Luftbelastung zur Folge haben könnten.
- Extremwetterereignisse (z. B. Starkregen, Überschwemmungen, Stürme), die Betriebsabläufe beeinflussen und Umweltauswirkungen verstärken könnten.
- Ausfälle kritischer Infrastrukturen, die zu erhöhtem Energieverbrauch oder ungeplanten Materialeinsätzen führen könnten.

Vorsorgemaßnahmen und Notfallmanagement

Um potenzielle Umweltbelastungen durch solche Ereignisse zu minimieren, verfügt die Bundespolizeiinspektion Stralsund über ein umfassendes Notfallmanagement, das folgende Maßnahmen umfasst:

- Schulungen und Sensibilisierungen der Mitarbeitenden für umweltrelevante Gefahrenquellen in Notfällen,
- Vorhaltung von Notfallausrüstungen zur Eindämmung von Leckagen und zur Schadensbegrenzung (z. B. Bindemittel für auslaufende Betriebsstoffe),
- Regelmäßige Notfallübungen zur Überprüfung und Verbesserung der Reaktionsfähigkeit.

Enge Zusammenarbeit mit externen Fachstellen und Behörden, um im Ernstfall eine schnelle und koordinierte Reaktion sicherzustellen.

7 UMWELTKENNZAHLEN

Im Rahmen des UMS nach EMAS werden regelmäßig Umweltkennzahlen erhoben, um die Umweltleistung zu überwachen und zu verbessern. Die Kennzahlen ermöglichen eine Bewertung der Umweltauswirkungen und dienen als Grundlage für Maßnahmen zur Reduzierung von Ressourcenverbrauch und Emissionen.

Die Erfassung und Bewertung dieser Umweltkennzahlen erfolgt unter Berücksichtigung des Referenzdokuments der EU in der öffentlichen Verwaltung. Dieses Dokument dient als Leitfaden zur Umsetzung bewährter Umweltmanagementverfahren und enthält spezifische Empfehlungen für öffentliche Einrichtungen zur Verbesserung ihrer Umweltleistung.

Nachfolgend werden erstmals die Daten über die Umweltleistung der Bundespolizeiinspektion Stralsund bezogen auf die bedeutenden Umweltauswirkungen bzw. die EMAS-Kernindikatoren betrachtet. Zukünftig kann somit die zeitliche Entwicklung der Umweltleistungen veranschaulicht werden.

Zur besseren Vergleichbarkeit werden die Tabellenwerte um zusätzliche Berechnungsgrößen ergänzt: z. B. Stromverbrauch je Anzahl der Mitarbeitenden, Wärmeenergieverbrauch in kWh je Quadratmeter beheizter Fläche.



7.1 Energieverbrauch

Energieverbrauch der Bundespolizeiinspektion Stralsund

Die Bundespolizeiinspektion Stralsund bezieht ihre Energie aus ökologisch zertifizierten Energiequellen. Die Verbrauchswerte für Strom- und Wärmebezug werden durch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben erhoben und der Inspektion zur Verfügung gestellt. Die Überwachung, Wartung und Optimierung der elektrischen Anlagen obliegt der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben.

Zur Erstvalidierung hat eine Bestandsaufnahme stattgefunden, die in den vorgelegten Zahlen abgebildet ist. Beeinflusst wurde die dargestellte Entwicklung des Energieverbrauchs der letzten vier Jahre z. B. durch Corona und Einsatztätigkeiten.

Bei der Bewertung dieses Kernindikators ist festgelegt worden, dass die Teilaspekte des Strom- und Kraftstoffverbrauchs prioritär sind und somit als die wichtigsten direkten Umweltaspekte in den kommenden Jahren zu verbessern sein werden.

Der Energieverbrauch der Bundespolizeiinspektion Stralsund setzt sich zusammen aus dem Stromverbrauch, dem Verbrauch an Fernwärme für Heizung und Warmwasser und dem Kraftstoffbedarf des Fuhrparks und des Notstromaggregats.

Die Verantwortung für die Reduktion des Energieverbrauchs liegt bei den Organisationsteilen der Bundespolizeiinspektion Stralsund und nicht zuletzt bei den Beschäftigten und ihrem Nutzerverhalten.

Energieverbrauch	Einheit	2020	2021	2022	2023
Energieträger					
Strom/Ökostrom					
BPOLI HST	kWh	109.384	113.252	111.563	107.610
	je MA ¹	1.061,63	1.068,42	978,62	791,25
Wärmeenergieträger					
Fernwärme					
BPOLI HST	kWh	247.331	272.840	239.790	216.790
	je m ² bhF ²	73,74	81,34	71,49	64,63
Kraftstoffe					
Diesel					
BPOLI HST	Liter	47.957	51.317	58.672	59.762
	je 100 km	7,99	7,97	7,90	8,04

¹ MA: Mitarbeitende/r
² bhF: beheizte Fläche

7.2 Wasserverbrauch

Wasserverbrauch der Bundespolizeiinspektion Stralsund

Die Bundespolizeiinspektion Stralsund setzt auf einen verantwortungsbewussten und effizienten Umgang mit Wasser. Generell wird Wasser in sanitären Einrichtungen, Teeküchen und für Reinigungszwecke in der Liegenschaft genutzt.

Duschen sind dabei ein wichtiger Bestandteil der sanitären Einrichtungen. Sie sorgen dafür, dass Mitarbeitende nach anspruchsvollen Einsätzen und Fortbildungen angemessene versorgt werden. Die Inspektion nutzt ausschließlich Leitungswasser, während Brunnen- oder Regenwasser nicht zum Einsatz kommen. Somit entspricht die Menge Frischwasser stets der Abwassermenge. Die Verbrauchswerte werden durch die Bundes-

anstalt für Immobilienaufgaben zur Verfügung gestellt.

Positiv hervorzuheben ist, dass der Wasserverbrauch zwar noch über dem Leistungsrichtwert des Referenzdokuments liegt, jedoch bereits eine kontinuierlich sinkende Tendenz zeigt. Durch gezielte Maßnahmen wird auch zukünftig daran gearbeitet, den Wasserverbrauch weiter zu optimieren und natürliche Ressourcen bestmöglich zu schonen.

Abwasserregelung

Die in der Bundespolizeiinspektion Stralsund anfallenden Abwasser setzen sich ausschließlich aus haushaltsähnlichen Abwässern zusammen, die in das bestehende Kanalnetz der Stadt Stralsund eingeleitet und der Kläranlage Stralsund zugeführt werden.

Wasser- verbrauch	Einheit	2020	2021	2022	2023	2024
Herkunft des Wassers/Abwasserart						
Trinkwasser						
BPOLI HST	m ³	716	1.042	958	899	
BPOLI HST	m ³ /VZÄ ³	6,95	9,83	8,40	6,61	
Referenzwert EU 2019/16: Gesamtwas- serverbrauch	m ³ /VZÄ ³	<6,4	<6,4	<6,4	<6,4	
Frischwasser/Abwasser						
Fernwärme						
BPOLI HST	m ³	716	1042	958	899	

³ Vollzeitäquivalent

7.3 Abfall

Die Bundespolizeiinspektion Stralsund legt großen Wert auf eine umweltgerechte und gesetzeskonforme Abfallwirtschaft. Alle Abfälle werden zuverlässig gesammelt und konsequent getrennt, um eine Vermischung von verwertbaren und nicht verwertbaren Materialien – einschließlich Sonderabfällen – zu vermeiden.

Nicht gefährliche Abfälle

Bio-, Rest-, Papier-, Verpackungsmüll sowie Papier mit datenschutzrechtlicher Relevanz.

Gefährliche Abfälle

Batterien, Leuchtstoffröhren, Drucker-
toner werden sicher und ordnungsge-
mäß entsorgt.

Hervorzuheben ist, dass der Aus-
tausch von Leuchtstoffröhren – derzeit
etwa 100 Stück jährlich – sowie deren
Entsorgung durch den Vermieter über-

nommen wird. Tonerkartuschen (ca.
3-4 pro Jahr) werden von der Leasing-
firma fachgerecht entsorgt. Ölhaltige
Abfälle und Batterien werden sorgfältig
gesammelt und zentral durch zertifi-
zierte Entsorgungsfachbetriebe oder
über die Stiftung GRS (Gemeinsames
Rücknahmesystem Batterien) entsorgt.
Zusätzlich wird bei der Beauftragung
von Entsorgungsunternehmen stets
sichergestellt, dass nur zugelassene
Fachbetriebe zum Einsatz kommen.
Eine regelmäßig erstellte Abfallbilanz
wird kontinuierlich auf Verbesserung-
potenziale geprüft. Mitarbeitende wer-
den regelmäßig geschult, um Abfälle
bestmöglich zu vermeiden, zu verwer-
ten und ordnungsgemäß zu entsorgen.
Erfreulich ist, dass im Vergleich zum
Referenzdokument die Abfallmenge
der Dienststelle deutlich unter dem
Leistungsrichtwert liegt.

Abfallauf- kommen	Einheit	2020	2021	2022	2023
Nicht gefährliche Abfälle					
Restabfall (gemischte Siedlungsabfälle)					
BPOLI HST	t	3,09	3,09	3,20	3,43
Verpackungsabfälle					
BPOLI HST	t	2,16	2,16	2,24	3,78
Papier (Altpapier, Kartonagen, Blaue Tone)					
BPOLI HST	t	2,85	2,85	2,96	2,38
Biologische abbaubare Küchen- und Kantinenabfälle					
BPOLI HST	t	1,01	1,01	1,05	1,12
Papier mit datenschutzrechtlicher Relevanz					
BPOLI HST	t	0,62	0,43	0,43	0,22

7.4 Materialeinsatz

Die Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt verpflichtet sich im Rahmen ihres UMS nach EMAS zu einem nachhaltigen und ressourcenschonenden Materialeinsatz. Ziel ist es, Umweltbelastungen durch eine bewusste Auswahl, Nutzung und Reduzierung von Materialien zu minimieren.

Erfassung und Bewertung des Materialeinsatzes

Der Materialeinsatz in der Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt umfasst alle für den Dienstbetrieb notwendigen Ressourcen. Die Erfassung betrifft derzeit im Bereich Verbrauchsmaterial den Teilbereich Büromaterialien (Papier, Toner).

Die Erfassung erfolgt durch regelmäßige Verbrauchsanalysen, um Einsparpotenziale zu identifizieren und gezielte Maßnahmen zur Reduzierung des Materialeinsatzes abzuleiten. Dabei wird besonderer Wert auf die Vermeidung nicht erneuerbarer Ressourcen sowie die Förderung nachhaltiger Alternativen gelegt.

Maßnahmen zu Optimierung des Materialeinsatzes

Zur Minimierung der Umweltauswirkungen des Materialeinsatzes setzt die Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt auf folgende Strategien:

- Reduzierung des Papierverbrauchs
- Einführung digitaler Arbeitsprozesse zur Verringerung des Druckaufkommens (E-Akte)

- Voreinstellung des beidseitigen Druckens und Nutzung von Recyclingpapier
- Sensibilisierung für einen ressourcenschonenden Papierverbrauch
- Nachhaltige Beschaffung und Ressourcenschonung
- Bevorzugung umweltfreundlicher und langlebiger Materialien (z. B. zertifizierte Produkte)
- Bedarfsgerechte Beschaffung zur Vermeidung von Überbeständen

Materialeinsatz der Bundespolizeiinspektion Stralsund

Zur Bewertung der Umweltleistung erhebt die Bundespolizeiinspektion Stralsund regelmäßig Daten zum Materialeinsatz. Diese Daten fließen in die EMAS-Kernindikatoren ein und dienen als Grundlage für die Ableitung weiterer Optimierungsmaßnahmen. Durch die konsequente Umsetzung dieser Maßnahmen leistet die Bundespolizeiinspektion Stralsund einen aktiven Beitrag zur Ressourcenschonung und zur Reduzierung der Umweltauswirkungen ihres Materialeinsatzes. Die kontinuierliche Analyse und Verbesserung dieses Bereichs bleiben zentrale Bestandteile des UMS.

Die Dienststelle liegt in Bezug auf das Referenzdokument im Durchschnitt deutlich unter dem Leistungsrichtwert.

Materialverbrauch	Einheit	2020	2021	2022	2023
Verbrauchsmaterial					
Papier (Recyclingpapier)					
BPOLI HST	Blatt		110.620	145.347	140.694
BPOLI HST	Blatt/ VZÄ ⁴ /AT ⁵		4,09	5,06	4,14
Referenzwert EU 2019/16: Verbrauch Büropapier	Blatt/ VZÄ/AT		<15	<15	<15
Toner					
BPOLI HST	Stück		4	4	3

7.5 Emissionen

Die Erfassung und Berechnung der Emissionen von Treibhausgasen orientiert sich am Greenhouse Gas Protocol und wird entsprechend in die dort festgehaltenen Bereiche Scope 1 bis 3 eingeteilt. Gemessen bzw. umgerechnet und in der untenstehenden Liste ausgeworfen wurden sie in CO₂-Äquivalenten (CO₂e).

Scope 1: Hier werden alle Emissionen, für die die Bundespolizeiinspektion Stralsund direkt verantwortlich ist und die sie kontrollieren kann, erfasst. Dazu zählen die Abgase der eigenen Fahrzeugflotte (Verbrennungsmotoren) und die Nutzung des Notstromaggregats.

Scope 2: Hierzu werden indirekte Emissionen aus Strom und Fernwärme,

also CO₂,⁴ dass bei Produktion und Transport des von der Bundespolizeiinspektion Stralsund genutzten Stroms entsteht.

Scope 3: Dieser Bereich ist am schwierigsten zu messen, da er Treibhausgase umfasst, die nicht direkt von der Bundespolizei verursacht werden. Dazu gehören Emissionen aus Zulieferung, Weiterverarbeitung, Verbrauch und die Entsorgung genutzter Waren sowie Emissionen durch Mitarbeitende, die mit Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor zur Arbeit pendeln.

⁴ Vollzeitäquivalent
⁵ Arbeitstag

Emissionen der Bundespolizeiinspektion Stralsund

In nachfolgend aufgeführten Bereichen fallen direkt durch den Dienstbetrieb Emissionen an:

- Strombedarf für Klimaanlage in Server- und Diensträumen
- Kühlschränke
- Kohlendioxyd (CO₂) durch Dienstreisen/Einsatzfahrten mit Kraftfahrzeugen



Emissionsquelle	Einheit	2020	2021	2022	2023
Scope 1					
Kraftstoffe – Diesel (Notstrom)					
BPOLI HST	t CO ₂ e	0,2	0,2	0,2	0,2
Kraftstoffe – Diesel (Kfz)					
BPOLI HST	t CO ₂ e	90,1	96,4	110,3	112,3

Emissionsquelle	Einheit	2020	2021	2022	2023
Scope 2					
Stromenergieträger – Strom (außer Ökostrom)					
BPOLI HST	kg CO ₂ e	0,0	0,0	0,0	0,0
Wärmeenergieträger – Fernwärme					
BPOLI HST	kg CO ₂ e	190,0	1.493,0	2.658,8	1623,3

Summe CO₂e – Scope 1					
BPOLI HST	kg CO ₂ e	90.333	96.649	110.475	112.518
Summe CO₂e – Scope 2					
BPOLI HST	kg CO ₂ e	190,0	1.493,0	2.658,8	1.623,3
Summe der CO₂ Emissionen in Scope 1 und 2					
BPOLI HST	kg CO ₂ e	90.523	98.142	113.134	114.141

Die Bundespolizeiinspektion Stralsund legt großen Wert auf nachhaltiges Handeln und aktiven Klimaschutz. Im Rahmen der Umweltmanagementstrategie der Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt wird der Energieverbrauch regelmäßig bewertet, einschließlich der damit verbundenen Treibhausgasemissionen. Ein besonderer Erfolg in diesem Bereich ist die klimafreundliche Wärmeversorgung der Dienststelle.

Ein Großteil der Fernwärme wird aus erneuerbaren Energien bezogen, was bedeutet, dass im Bereich Scope 2 (indirekte Emissionen aus eingekaufter Energie) geringe Treibhausgasemissionen entstehen. Dieser Schritt leistet einen wesentlichen Beitrag zur Reduzierung der CO₂-Bilanz und unterstützt zugleich die Klimaziele der Bundesregierung für öffentliche Einrichtungen.

Mit dieser nachhaltigen Fernwärmeverversorgung werden die Anforderungen des E-MAS-Systems und des Beschlusses (EU) 2019/16 weitgehend erfüllt, insbesondere in den Bereichen Ener-

gieeffizienz und CO₂-Reduktion. Diese Maßnahme trägt dazu bei, den ökologischen Fußabdruck der Dienststelle zu verringern und bietet eine Grundlage für den Ausbau einer nachhaltigeren Behördeninfrastruktur.

Es wird geprüft, inwieweit diese positiven Ansätze als Beispiel für weitere Dienststellen dienen können. Zudem wird überlegt, ob ähnliche klimafreundliche Energielösungen auch an anderen Standorten realisiert werden könnten, um den Beitrag zum Klimaschutz weiter auszubauen und nachhaltigere Lösungen zu fördern.

7.6 Biodiversität

Die Bundespolizeiinspektion Stralsund möchte einen Beitrag zum Erhalt der Biodiversität leisten, indem möglichst viel unversiegelte Fläche an den Standorten zur Förderung von Artenvielfalt, Biotopen und Ökosystemen bereitgestellt wird.

Zusätzlich können in Zukunft Maßnahmen wie das Anlegen eines Feuchtbiotops und die Anpflanzung geschützter Pflanzen in Betracht gezogen werden. Derzeit wird geprüft, inwieweit finanzielle Ressourcen im politischen Umfeld dafür eingeworben werden können.

Biodiversität	Einheit	2020	2021	2022	2023
Grundstücksflächen					
BPOLI HST	m ²	3.588	3.588	3.588	3.588
Versiegelte Flächen					
BPOLI HST	m ²	2.495	2.495	2.524,13	2.524,13
Versiegelungsgrad					
BPOLI HST	%	69,5	69,5	70,3	70,3
Gesamtvegetationsfläche (unversiegelt + naturnahe Fläche)					
BPOLI HST	m ²	1.093	1.093	1.063,87	1.063,87
Mitarbeitenden-Kapazität / Vollzeitäquivalent (VZÄ)					
BPOLI HST	VZÄ ⁶	102,55	105,74	113,62	136,09

⁶ Vollzeitäquivalent

7.7 Kernindikatoren

Die Umrechnung des Stromverbrauchs auf die Anzahl der Mitarbeitenden und des Wärmeenergieverbrauch auf kWh

pro Quadratmeter beheizter Fläche wird zur besseren Vergleichbarkeit zusätzlich angegeben.

Kernindikatoren	Einheit	2020	2021	2022	2023
Energieträger					
Gesamtenergieverbrauch					
BPOLI HST	kWh	832.549	895.199	933.285	916.252
Ökostrom/Strom					
BPOLI HST	kWh	109.348	113.252,6	111.562,9	107.610
	je MA	1.061,63	1.068,42	978,62	791,25
Wärmeenergieträger (gesamt)					
BPOLI HST	kWh	247.331	272.840	239.790	216.790
	je m ² bhF	73,74	81,34	71,49	64,63
Kraftstoffe					
BPOLI HST	kWh	474.774,3	508.038,3	580.852,8	591.643,8
	Liter/100km	7,99	7,97	7,90	8,04

Emissionen					
CO₂-äquivalente Emissionen aus Energieträgern und Kältemitteln					
BPOLI HST	kWh	90.332,68	96.649,43	110.474,48	112.357,66

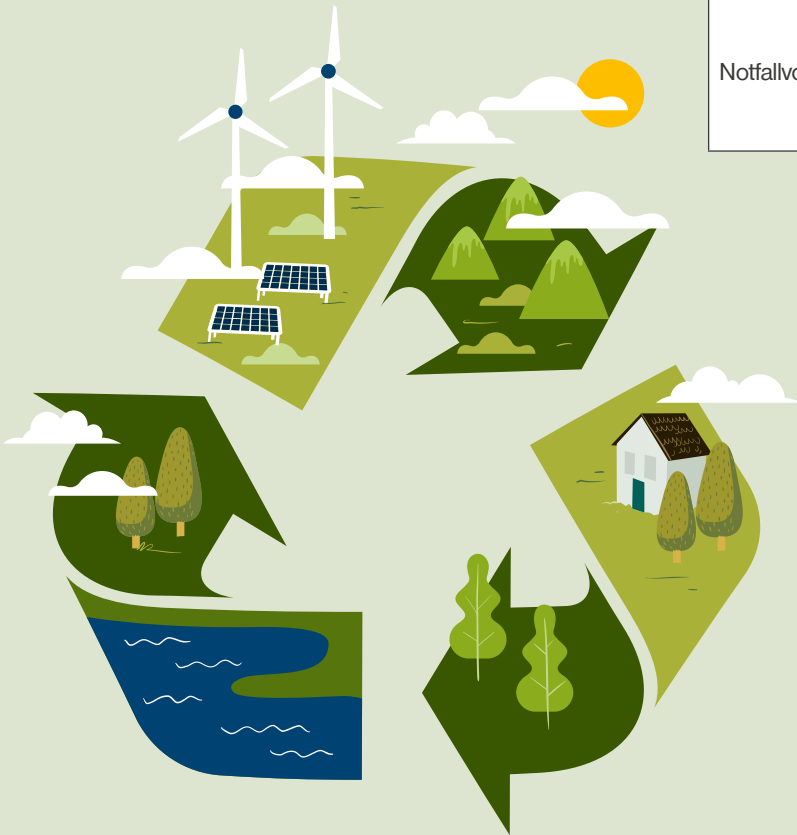
8 EINHALTUNG VON RECHTSVORSCHRIFTEN

Die Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt stellt sicher, dass alle relevanten Umweltvorschriften zuverlässig eingehalten werden, dies gilt sowohl für die Direktions- als auch für die Inspektionsebene. Dieser verantwortungsvolle Umgang mit Umweltvorschriften ist ein zentraler Bestandteil des Umweltmanagementsystems nach EMAS.

Dabei geht es nicht nur um die Erfüllung gesetzlicher Vorgaben, sondern auch darum, Umweltleistungen kontinuierlich zu verbessern. Regelmäßige „Rechts-Checks“ sorgen dafür, dass alle gesetzlichen Anforderungen klar erfasst und in einem Rechtskatalog übersichtlich zusammengefasst werden. Diese Übersicht wird ständig aktualisiert und auf Relevanz geprüft, wobei bewährte Informationsquellen wie „Internetrecherche Juris“ und „Umwelt-online.de“ genutzt werden.

Interne Audits stellen sicher, dass die Vorschriften zuverlässig umgesetzt werden. Sollte es einmal zu Abweichungen kommen, werden diese sorgfältig dokumentiert und geeignete Maßnahmen ergriffen. Ergänzt wird dieser Prozess durch externe Validierungen, um die hohen Standards der Rechtskonformität zu sichern.

Dieser strukturierte Ansatz zeigt, dass die Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt und die Bundespolizeiinspektion Stralsund aktiv Verantwortung übernehmen, um Umweltschutz und Nachhaltigkeit in ihren Bereichen wirksam umzusetzen und kontinuierlich weiterzuentwickeln.



Maßgebliche Umweltrechtsbereiche	Relevante Einrichtungen/Aktivitäten
Immissionsschutzrecht	Kraftfahrzeuge
Energie	Maßnahmen zur Reduzierung von Energieverbräuchen, Erhöhung der Effizienz,
Abfallrecht	Sensibilisierung zur Verminderung und Vermeidung von Abfällen, Reduzierung gefährlicher Abfälle, verantwortungsbewusste Abfalltrennung und -entsorgung
Chemikalien- und Klimaschutz-Gesetzgebung	Klimaanlagen
Wasserrecht	Grundwasser-/Gewässerschutz
Gefahrstoffrecht	Umgang mit, Lagerung und Transport von Gefahrstoffen
Notfallvorsorge	Gewährleistung und Verbesserung der Sicherheit und der Gesundheit der Beschäftigten bei der Arbeit, Unfallverhütung und Umgang, Zuweisung von Verantwortlichkeiten für Notfälle



9 UMWELTZIELE

Die Bundespolizeiinspektion Stralsund setzt sich aktiv für Verbesserungen im Umweltmanagement ein. Jedes Jahr werden im ersten Quartal in Zusammenarbeit mit der Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt Vorschläge für neue Umweltziele erarbeitet. Grundlage dafür sind die Bewertungen aus dem Umweltplanungsprozess sowie Verbesserungspotenziale, die in internen und externen Audits ermittelt wurden.

Ziele werden vor allem für Umweltaspekte festgelegt, die kurz- und mittelfristig beeinflussbar sind. Diese Zielsetzungen werden, wo möglich, realistisch und messbar formuliert. Konkrete Maßnahmenvorschläge werden erarbeitet und im Ziel- und Maßnahmenprogramm festgehalten.

Besonders positiv: Verbesserungsvorschläge aus dem Ideenmanagement der Bundespolizei fließen aktiv in die Planung mit ein.

Nachdem die Leitung die Ziele geprüft hat, erfolgt die Freigabe durch den/ die Umweltmanagementbeauftragte(n) (UMB) der Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt. Die freigegebenen Maßnahmen werden mit Haushaltsmitteln ausgestattet, zeitlich terminiert und klaren Verantwortlichkeiten zugeordnet.

Die Umsetzung und Wirksamkeit der Maßnahmen werden kontinuierlich überprüft. Ein internes Audit kontrolliert den Fortschritt, und die Ergebnisse werden im Managementreview bewertet. Der/die Umweltmanagementverantwortliche erstellt dafür einen Bericht zur Bewertung der Zielerreichung des Vorjahres.

9.1 Umweltziele und Maßnahmen der Bundespolizeiinspektion Stralsund

Die Bundespolizeiinspektion Stralsund hat folgende Umweltziele definiert:

- Senkung des Gesamtendenergieverbrauchs
- Senkung des Wasserverbrauchs
- Ressourcenschonender Papierverbrauch
- Senkung des Kraftstoffverbrauchs
- Wärmeenergieeinsparung
- Erhöhung der Biodiversität
- Realisierung eigener Energiegewinnungspotentiale
- Vermeidung von Abfällen

Die Einsparpotentiale werden größtenteils durch Beeinflussung des Verbrauchsverhaltens erreicht. Des Weiteren wird durch technische Vorrichtungen und Einstellungen Energie eingespart. Die Realisierung eigener Energiegewinnungspotentiale soll durch den Bau einer Photovoltaikanlage mit Überschusseinspeisung erreicht werden.

Details sind in der Umweltziele- und Maßnahmenliste der Bundespolizeiinspektion Stralsund erfasst.

1. Senkung des Gesamtendenergieverbrauches (Strom, Wärme, Kraftstoff) um 10% von Jahr 2024 bis 2028	
1.1. Senkung des Stromverbrauches	
• Nicht genutzte Rechner bei Nichtnutzung ausschalten	sofort
2. Senkung des Wasserverbrauchs	
2.1. Wassereinsparung	
• Einsatz von wassersparenden Brausen und Druckminderern	Umsetzung geplant bis 2028
• Geschirrspüler für den operativen Bereich	Umsetzung geplant bis Ende 2025
3. Ressourcenschonender Papierverbrauch	
3.1. Papiereinsparung	
• Dienstbucheinlegeblätter ohne Druck und mit elektronischer Signatur	Umsetzung geplant bis Ende 2025

4. Senkung Kraftstoffverbrauch	
4.1. Reduzierung Kraftstoff	
• Reduzierung der Geschwindigkeit bei Fiskalfahrten und Präventivstreifen	Umsetzung geplant bis Ende 2025
• Fahrtenzusammenlegung und effektive Nutzung der Kfz-Planung	Umsetzung geplant bis Ende 2025
5. Wärmeenergieeinsparung	
5.1. Reduzierung Wärmebedarf	
• Einführung einer intelligenten Haussteuerung	in Prüfung, Umsetzung geplant bis 2028
• Abschaffung Warmwasserbereitstellung in WC Räumen	Umsetzung in 2025
6. Erhöhung Biodiversität	
6.1. Erhöhen der Artenvielfalt	
• Dachbegrünung	in Prüfung, Umsetzung geplant bis 2028
• Mähintervall Rasenflächen reduzieren	Umsetzung in 2025
• Begrünung der Zäune	in Prüfung, Umsetzung geplant bis 2028
• Insektenhotels aufstellen	Umsetzung in 2025
• Anlegen eines Mini-Teiches	Umsetzung in 2025
7. Realisierung eigener Energiegewinnungspotentiale	
7.1. Energiegewinnung	
• Bau einer PV Anlage als Dach- oder Fassadenanlage mit Eigenverbrauch und Speicher	Beantragt zur Umsetzung bis 2028
8. Vermeidung von Abfällen	
8.1. Nichtgefährliche Abfälle	
• Konsequente Mülltrennung bis zum Container	Umsetzung in 2025

10 ERKLÄRUNG DES UMWELTGUTACHTERS



GÜLTIGKEITSERKLÄRUNG

Erklärung des Umweltgutachters zu den Begutachtungs- und Validierungstätigkeiten

Der unterzeichnende, **Bernhard Schwager**,

EMAS-Umweltgutachter mit der Registrierungsnummer DE-V-0416, zugelassen für den Bereich Öffentliche Sicherheit und Ordnung (NACE-Code: 84.24) bestätigt, begutachtet zu haben, ob der Standort der Organisation

Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt
Standort: Bundespolizeiinspektion Stralsund
Ummanzer Str. 7, 18439 Stralsund

wie in der Umwelterklärung angegeben, alle Anforderungen der Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2009 über die freiwillige Teilnahme von Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung (EMAS), zuletzt geändert durch die Verordnung (EU) 2018/2026 vom 19. Dezember 2018, erfüllt.

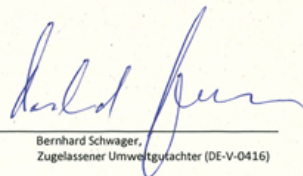
Mit der Unterzeichnung dieser Erklärung wird bestätigt, dass

- die Begutachtung und Validierung in voller Übereinstimmung mit den Anforderungen der Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 in Verbindung mit der Verordnung (EU) 2017/1505 sowie der Verordnung (EU) 2018/2026 durchgeführt wurden,
- das Ergebnis der Begutachtung und Validierung bestätigt, dass keine Belege für die Nichteinhaltung der geltenden Umweltvorschriften vorliegen,
- die Daten und Angaben der Umwelterklärung der Organisation ein verlässliches, glaubhaftes und wahrheitsgetreues Bild sämtlicher Tätigkeiten der Organisation in der Umwelterklärung geben.

Diese Erklärung kann nicht mit einer EMAS-Registrierung gleichgesetzt werden. Die EMAS-Registrierung kann nur durch eine zuständige Stelle gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 erfolgen. Diese Erklärung darf nicht als eigenständige Grundlage für die Unterrichtung der Öffentlichkeit verwendet werden.

Stuttgart, den 20.03.2025

Ort, Datum


Bernhard Schwager,
Zugelassener Umweltgutachter (DE-V-0416)



